

Ukraine

01) Transkarpatien: Kiew beharrt auf seinem minderheitenfeindlichen Sprachgesetz. Dies trägt auch zur Verschärfung der sozialer Spannungen bei...

Von György Dunda (Ungvár)

21. 07. 2021



Schule in Transkarpatien: Außerhalb des privaten Sektors macht das Sprachgesetz Ukrainisch überall zur Pflicht · Foto: Máté Bach / Magyar Nemzet

Trotz der Tatsache, dass die transkarpatischen Ungarn seit tausend Jahren in ihrer Heimat (früher Ruthenien, heute Transkarpatien, Unterkarpaten oder Karpatenukraine benannt) leben, hat das Parlament in Kiew beschlossen, dass dies nicht ausreicht, um das Kriterium der Indigenität zu erfüllen. Inzwischen hat das ukrainische Verfassungsgericht eine zweijährige Debatte abgeschlossen und entschieden, dass das Sprachengesetz, das die Muttersprache von Minderheiten aus Kirchen und Haushalten verbannen will, in jeder Hinsicht verfassungsgemäß ist. Ein Ausweg könnte das bevorstehende Minderheitengesetz sein, das als Vorschlag zur Regelung des Status der nationalen Gemeinschaften in der Ukraine umgeschrieben werden könnte, aber es würde inhaltlich nicht viel ändern und in seiner jetzigen Form nur die Situation konservieren, die durch das im September 2017 verabschiedete Bildungsgesetz und das im April 2019 verabschiedete Sprachengesetz geschaffen wurde.

Während hinter den Kulissen, an der diplomatischen Front, weiter daran gearbeitet wird, ein persönliches Treffen zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelensky und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu arrangieren, bleibt Kiew die Gestenpolitik gegenüber der ungarischen Gemeinschaft in den Unterkarpaten schuldig. Es

war möglich, und es ist noch nicht zu spät. Die Probleme mit dem Sprachgebrauch, die die einheimischen Ungarn und die hinter ihnen stehende Führung von (Rest-)Ungarn beanstandeten, hätten durch die Akzeptanz des Ungarischen beruhigend gelöst werden können, aber das ist nicht geschehen.

Das neue Minderheiten- bzw. Volksgruppengesetz könnte eine Lösung sein, aber auf der Basis der bisher bekannten Details sind auch davon keine wesentlichen Fortschritte zu erwarten. Die Überprüfung der Normen durch die Abgeordnetenkammer endete ebenfalls mit einer negativen Entscheidung für die Minderheiten in der Ukraine. Letzte Woche hat das ukrainische Verfassungsgericht das Gesetz über die Staatssprache, allgemein bekannt als Sprachengesetz, als verfassungsgemäß erklärt, das es Minderheiten faktisch unmöglich macht, ihre eigene Sprache in allen wichtigen Lebensbereichen zu verwenden, von der Bildung über den Handel, das kulturelle Leben und sogar in der Presse.

Präsident Zelensky hat dieses weithin kritisierte Sprachgesetz geerbt. Der Komiker und heutige Präsident wurde im Mai 2019 vereidigt, während die fragliche Gesetzgebung von seinem Vorgänger Petro Poroschenko einen Monat zuvor verabschiedet wurde. Damals versprach der neue Präsident, das Gesetz unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen, um festzustellen, ob es die Rechte bestimmter Gemeinschaften verletze. Angesichts seiner bisherigen Untätigkeit haben 51 Abgeordnete der Opposition eine Petition an das Parlament gerichtet, um die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zu prüfen.

Das Verfassungsgericht brauchte zwei Jahre, um zu seiner Entscheidung zu kommen, und es fand alles „in Ordnung“.

Die Kiewer Politologin Olena Diachenko erklärte gegenüber der ungarischen Tageszeitung *Magyar Nemzet*, sie sei bei mehreren Anhörungen des Verfassungsgerichts gewesen und davon überzeugt, dass das Gericht die Überprüfung des Gesetzes absichtlich verzögert habe. Der frühere Staatschef Petro Poroschenko habe bewusst ein solches Gesetz geschaffen, um die gesellschaftliche Opposition zu vergrößern, aber auch sein Nachfolger trage dazu bei, sagte die Expertin. Er erinnerte auch daran, dass es bis 2014 keinen Konflikt zu diesem Thema gab; dieser wurde während der Poroschenko-Ära künstlich angefacht, offensichtlich mit einem politischen Ziel. In der Ukraine sprechen Vertreter von 130 Nationalitäten 85 Sprachen, aber niemand hatte je in Frage gestellt, dass Ukrainisch die Staatssprache ist. Darüber gab und gibt es einen gesellschaftlichen Konsens, doch die politischen Absichten haben nunmehr einen ernststen Konflikt geschaffen.

Auch andere prominente Analysten haben darauf hingewiesen, dass es dem gegenwärtigen Kurs sowohl am politischen Willen als auch an der Fähigkeit fehlt, den Streit zu lösen.

Angesichts dieser negativen Entwicklungen bedauern Vertreter des Ungarischen Kulturvereins der Unterkarpaten (KMKSZ) in einer Stellungnahme, dass das Sprachengesetz als verfassungsgemäß eingestuft wurde. Sie sind überzeugt, dass eine politische und keine rechtliche Entscheidung getroffen wurde und erinnern daran, dass u.a. ungarische Organisationen in den Unterkarpaten vehement gegen das im April 2019 verabschiedete Gesetz protestiert hatten, da es alle Sprachrechte von Minderheiten abschafft. Dieses Gesetz macht es nicht nur nationalen und sprachlichen Minderheiten unmöglich, ihre Sprachen im Gemeinschaftsraum zu verwenden, sondern sieht auch Strafen gegen diejenigen vor, die diese Regeln verletzen, was einer Reihe von internationalen Verpflichtungen widerspricht, monierten sie in ihrer Erklärung.

Gleichzeitig begrüßt der Kulturverband die Initiative des Präsidenten der Ukraine, ein neues Gesetz zur Regelung der Situation der nationalen Gemeinschaften im Land einzuführen.

Das Gesetz über nationale Minderheiten von 1992, das immer noch in Kraft ist, gewährt den im Land lebenden nationalen Minderheiten relativ weitgehende Rechte, die der europäischen Praxis entsprechen. Der KMKSZ ist zuversichtlich, dass die neue Gesetzgebung die bestehenden Minderheitenrechte weiter ausbauen und nicht einschränken wird.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)



Von Martin Proehl – edited from Subcarpathia Carpatho-Ukraine.svg, Wikimedia CC BY-SA 2.5

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Balkan

02) Merkel sieht strategische Argumente für EU-Beitritt der Balkanstaaten

26. 07. 2021



Angela Merkel · Bildquelle: FDS

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte am Montag, sie sehe die sechs Westbalkanstaaten aus strategischen Gründen als zukünftige Mitglieder der Europäischen Union.

„Es liegt im ureigenen Interesse der Europäischen Union, den Prozess hier voranzubringen“, sagte Merkel vor Reportern nach einer virtuellen Konferenz über den Westbalkan und verwies auf den Einfluss Russlands und Chinas in der Region, ohne jedoch deren Namen zu nennen.

Die seit 2014 geförderte stärkere regionale Zusammenarbeit habe bereits erste Erfolge erzielt, wie etwa ein gerade in Kraft getretenes Roaming-Abkommen.

An der Konferenz nahmen die Regierungschefs von Serbien, Albanien, Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und dem Kosovo sowie die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen teil.

Frau von der Leyen sagte: „Unsere erste Priorität ist es, die Erweiterungsagenda in der gesamten Region zu beschleunigen und unsere Partner auf dem westlichen Balkan in ihren Bemühungen zu unterstützen, die notwendigen Reformen durchzuführen, um auf dem europäischen Weg voranzukommen.“

Seite 300 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 795 vom 12.08.2021

Der französische Präsident Emmanuel Macron habe sich in der Videokonferenz „sehr deutlich“ für die Perspektive eines EU-Beitritts der sechs Staaten ausgesprochen, betonte Merkel.

Darüber hinaus sagte Merkel, Deutschland werde „so schnell wie möglich“ 3 Millionen Dosen des Impfstoffs COVID-19 an die Länder des westlichen Balkans verteilen.

Quelle: [Fdesouche](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w e n i e n

03) Was sind die Prioritäten der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft?

09. 08. 2021



Janez Janša · Foto: Büro des Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Janša: „Es wurde zu viel Zeit mit politischen Fragen verloren“

Die Erweiterung der Union um die Länder des westlichen Balkans, die illegale Einwanderung und die Einbeziehung von Kroatien, Bulgarien und Rumänien in den

Schengen-Raum – das sind die Prioritäten Sloweniens, das am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat. Der Premierminister des Landes, Janez Janša, sprach am vergangenen Dienstag im Europäischen Parlament über diese Themen.

Es ist notwendig, die europäischen Bestrebungen der westlichen Balkanländer (in der EU ist dies die Bezeichnung für die sechs südosteuropäischen Länder, die in die EU-Erweiterungspolitik einbezogen sind: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Nordmazedonien und Serbien – PAP) zu wecken und mit neuem Leben zu erfüllen.

Wir müssen in dieser Frage vorankommen. Wenn wir es nicht tun, wird es jemand anderes tun. Jemand, der ganz andere Interessen und Werte hat

- warnte Janša.

Slowenien ist sich der Bedeutung der Durchführung von Reformen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen bewusst. Die Aussicht auf eine Mitgliedschaft muss jedoch greifbar sein, damit die heutige Generation daran glauben kann. Andernfalls wird es kein Anreiz sein. Die Greifbarkeit der Mitgliedschaft sollte eine Quelle der Inspiration und der politischen Energie sein (...), die für die Umsetzung der entsprechenden Reformen erforderlich ist. Die Greifbarkeit muss auch eine Energiequelle für die Bürger sein, ihr Bewusstsein, damit auch sie die notwendigen Reformen unterstützen

- argumentierte der slowenische Regierungschef.

Seiner Meinung nach ist das Problem der illegalen Einwanderung auch mit der westlichen Balkanregion verbunden, da diese einer der größten Migrationskorridore ist.

Theoretisch wissen wir, was getan werden muss. Wir sind uns alle einig, dass wir mit den Herkunfts- und Transitländern zusammenarbeiten müssen. Es gibt keine Unterschiede zwischen uns, wenn es um die Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen geht. (...) Wir müssen jedoch eine Lösung finden, die für alle (in der Praxis) akzeptabel ist.

- betonte der slowenische Premierminister.

„Wir stehen am Scheideweg“

Auch die illegale Migration hat das Funktionieren des Schengen-Raums in den letzten Jahren stark beeinträchtigt. Dies ist eine der wichtigsten Errungenschaften unseres Integrationsprozesses. Wenn wir langsam nach der Pandemie zur Normalität zurückkehren, sollten wir anfangen, über das Potenzial zur Erweiterung dieses Bereichs zu sprechen. Alle Länder, die die Kriterien erfüllen, sollten Teil von Schengen werden. Kroatien, Bulgarien und Rumänien warten aus unbekanntem Gründen

- betonte Janez Janša.

In Bezug auf die übergreifenden Herausforderungen der EU nannte der Premierminister die „europäische Demokratie“ und die Fähigkeit, auf Globalisierungsprozesse zu reagieren.

Wir haben eine Kluft zwischen dem Durchschnittseuropäer und den europäischen Institutionen. Es wurde zu viel Zeit mit politischen Fragen verloren, (...) wobei strategische Diskussionen vernachlässigt wurden.

- urteilte er.

Wir befinden uns an einem Scheideweg. Wir müssen über Außenpolitik und Sicherheitsfragen diskutieren. Wie kann eine Europäische Union geschaffen werden, die in der Lage ist, auf die Herausforderungen der Globalisierung zu reagieren? Mit der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon (...) haben wir anerkannt, dass die EU dank dieses Vertrags in der Lage sein wird, die Prozesse der Globalisierung zu steuern. Doch heute müssen wir uns fragen, ob dies wirklich der Fall ist. In welchen Bereichen müssen wir mehr tun, um die Herausforderung zu meistern?

- ermutigte Janša und erklärte: „Die sanfte Macht der Union reicht nicht aus. Wenn die Europäische Union zu einer regionalen und dann zu einer globalen Macht werden soll, braucht sie sowohl weiche als auch harte Maßnahmen.“

Quelle: WPolityce.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Slowenien: Medienerzählungen und soziale Wirklichkeit

Von Dr. Janez Juhant

07. 08. 2021



Dr. Janez Juhant · Foto: Demokracija

Die Angriffe der linken Medien im In- und Ausland auf die derzeitige slowenische Regierung wirbeln viel Staub auf. Seit Janša im Namen Sloweniens die EU-Ratspräsidentschaft innehat, hat sich der Druck noch verstärkt: Manche versuchen, es so aussehen zu lassen, als ob wegen der derzeitigen slowenischen Regierung im In- und Ausland alles schief liefe. Karl-Peter Schwarz, ein bekannter ehemaliger Ost-, Mittel- und Südeuropa-Korrespondent der deutschen Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der jetzt als unabhängiger Journalist in Istrien lebt und Slowenien gut kennt, hat sich dagegen ausgesprochen. In der Weltwoche, einer Schweizer Zeitung, die sich für „Demokratie, Freiheit, Unternehmertum und Rechtsstaatlichkeit“ einsetzt, antwortet er auf die Kritik der sozialdemokratischen Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, der ARD sowie der Zeitungen Welt und Standard an Janez Janša, den er als „Schlüsselfigur des demokratischen Wandels in Slowenien“ sieht: „Sie erhalten ihre Informationen von slowenischen Linken. Auf dieser Grundlage bringen die europäischen Linken und die ihnen hörigen Politiker Janez Janša auf die Anklagebank.“ Schwarz weist darauf hin, dass dies vor zwei Jahrzehnten Wolfgang Schüssel aufgrund seiner schwarz-blauen Regierung

(ÖVP+FPÖ) widerfuhr, die die Interessen des eigenen Landes in den Vordergrund stellte, wofür EU-Sanktionen gegen Österreich verhängt wurden. Ebenso erging es Jaroslaw Kaczyński, Viktor Orbán und nunmehr Janez Janša, denn alle drei setzten sich für die nationalen Interessen ihrer Länder ein. Deshalb stellen sich die europäischen Bürokraten gegen Janša, der für die Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten eintritt. Im Folgenden beschreibt Schwarz die Geschichte von Janez Janša, seine Inhaftierung und seine Suche nach Gerechtigkeit im ersten Prozess gegen das Quartett und den manipulierten Patria-Prozess kurz vor den Wahlen. Er zeigt auch die dunkle Seite Sloweniens mit über 600 Massenmorden und Grabstätten, wo seiner Meinung nach über 14.000 Slowenen, etwa 20.000 deutsche Soldaten und Zivilisten, Zehntausende Kroaten, Serben, Montenegriner,

Italiener und Ungarn außergerichtlich auf grausame Weise getötet wurden. Er stellt ferner fest, dass eine wirkliche Erneuerung des Justizwesens in Slowenien noch nicht stattgefunden hat, und berichtet, wie sich die slowenische Linke gegen die Säuberung des Justizwesens und anderer wichtiger Grundlagen eines demokratischen Staates wehrt. Dies macht sie wütend, denn sie vertreten die Interessen einer privilegierten Kaste, die sich der Demokratisierung Sloweniens widersetzt.

Wie unterschiedlich kann die Darstellung der Realität sein! Schauen wir zur slowenischen Berichterstattung: Zum Beispiel bei der Zeremonie zur Bekanntgabe der Erfolge der Radfahrer in Paris auf RTV SLO 2. Mir ist aufgefallen, dass die Kommentatoren die Anwesenheit des Außenministers Anže Logar, der mit dem Sieger der Tour de France, Tedej Pogacar, auf die Bühne kam, gar nicht erwähnt haben. Der Repräsentant des Landes wird während der Nationalhymne nicht erwähnt, während RTV SLO uns ständig Auftritte von linken Verfechtern bietet, die wenig Intelligentes oder Nützliches für die Bürger und das Land zu sagen haben! In einer Ausgabe von Novi glas, der slowenisch-katholischen Wochenzeitung der Slowenen in Italien, werden uns mehrere reichhaltige und ermutigende Aktivitäten für die Slowenen im Ausland vorgestellt, begleitet von der fleißigen und sympathischen Ministerin Helena Jaklitsch. Am 13. Juli eröffnete Minister Vasko Simoniti eine Ausstellung in Brüssel, und in den 17-Uhr-Nachrichten „informierte“ uns RTV SLO, dass der ungenannt bleibende Kulturminister im Rahmen der Präsidentschaft eine Ausstellung in Brüssel eröffnet hatte, die wir nur aus der Ferne sahen. Ich war überrascht, dass selbst die katholische Wochenzeitung Družina die Anwesenheit des Ministerpräsidenten und seiner Frau bei der Weihe des Bischofs von Celje (Cilli) in Gornji Grad (Oberburg) nicht erwähnt hat.

Dies sind nur einheimische Spiegelungen dessen, was Schwarz so beschrieb: Die slowenischen Linken inszenieren mit Hilfe „ihrer Medien“ eine unwirkliche, illusorische Welt nach ihrem eigenen Bild und füttern die slowenische und internationale Öffentlichkeit mit ihren Erzählungen. Die Schöpfer einer solchen öffentlichen Meinung versuchen, das bessere Leben, das wir Bürger auch dank dieser Regierung führen, die sich für Slowenien und die Bürger dieses Landes und das Gemeinwohl der EU einsetzt, zu verzerren und als das Gegenteil dessen darzustellen, was tatsächlich geschieht. Die Maßnahmen dieser Regierung zielen auf die Konsolidierung Sloweniens und seiner Bedeutung in Europa und der Welt ab. Das ist es, was bereits unsere Vorfahren anstrebten. Herr Ehrlich sagte, dass dies eine ständige strategische Organisation erfordert. Gott sei Dank gibt es (wenige) Menschen wie den Journalisten Schwarz und andere, die bereit sind, ihren Namen für Wahrheit, Freiheit und eine legale und funktionierende Kultur herzugeben. Die Verwirrung in der slowenischen und internationalen Öffentlichkeit, der man entgegentreten, die Wahrheit suchen und die Freiheit verteidigen muss, zeigt, dass der Weg schwierig ist. Nehmen wir zum Beispiel die Bewertung des Besuchs von Bundeskanzlerin Merkel bei US-Präsident Biden, der den russischen Einfluss in Deutschland und Europa ungehindert zu öffnen scheint, auch zum Nachteil der mitteleuropäischen Länder und des Balkans, was die Lösung der bestehenden komplexen Probleme erschweren wird. Offensichtlich wiederholt sich die (schlechte) Geschichte!

Es ist gut, diejenigen anzuerkennen, die sich gegen Widerstände erheben. Auch wenn sie auf den ersten Blick nicht richtig erscheinen, werden sie als Strategen für Freiheit und Gerechtigkeit in die Geschichte eingehen. Das ist die Geschichte eines jeden von uns. Was zählt, ist der Kampf um die Wahrheit und das Überleben von Mensch und Nation gegen Lüge und Besitzstandswahrung. So haben es uns unsere Vorfahren seit jeher gelehrt. Ein theologisch ausgebildeter Mann, der sich beruflich in einem anderen Bereich etabliert hat, hält trotz Schwierigkeiten in seinem Arbeitsumfeld seit Jahrzehnten an seinen christlichen

Überzeugungen fest, auch wenn er sich fragt, wann er nur noch in seinem eigenen religiös-theologischen Bereich (friedlich) arbeiten kann. Eine ihm nahestehende Person antwortet: „Das machst du doch immer, wenn du trotzig bist!“

Dr. Janez Juhant ist Professor, Kolumnist und Theologe.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Kroatien

05) Während deutsche Infrastruktur verlottert: Chinesen bauen mit EU-Geld Brücke in Kroatien

06. 08. 2021



Während deutsche Infrastruktur verlottert: Chinesen bauen mit EU-Geld Brücke in Kroatien

Nichts zeigt mehr die planlose Geldverschwendung durch europäische Politiker auf, als die Vergabe von Bauprojekten an chinesische Firmen. Besonders dann, wenn die Auftraggeber Länder sind, die die Gelder von der EU kassieren. Gelder, die ja eigentlich die Wirtschaft in diesen Ländern auf Kosten europäischer Nettozahler auf Vordermann bringen sollen.

Jüngstes Beispiel dieses Irrwitzes: Kroatiens größtes Infrastrukturvorhaben. Die EU hat die 2,4 Kilometer lange Brücke weitgehend bezahlt, die China gebaut hat, berichtet die [FAZ](#).

Die Pelješac-Brücke, das nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellte Bauwerk ist das größte Infrastrukturvorhaben Kroatiens und eines der größten Brückenbauprojekte in der EU.

Nach dreijähriger Bauzeit wurde dieser Tage das letzte Teilstück der 2,4 Kilometer langen zweispurigen Pelješac-Brücke montiert. Sie ruht auf sechs 33 Meter hohen Betonpylonen und besteht aus 13 Teilstücken, von denen die fünf längsten je 285 Meter überspannen. Das Bauwerk ist das größte Infrastrukturvorhaben Kroatiens und eines der größten Brückenbauprojekte in der EU.

Europäische Firmen schauen durch die Finger

Die beiden unterlegenen europäischen Bieter, Österreichs Strabag und ein italienisch-türkisches Konsortium, beschwerten sich zwar über wettbewerbswidrige Verzerrungen durch den chinesischen Staatskonzern. Sie blieben damit aber bei den kroatischen Bauherren erfolglos. Sind denn nicht Österreich und Italien Nettozahler in der EU? Und was ist mit Deutschland? Hier verlottern gerade Straßen und die sonstige Infrastruktur, weil angeblich kein Geld da ist. Dafür werden Milliarden in die EU gepumpt, von dort dann in Netto-Empfänger und von dort weiter in Richtung China?

Niedrige Sozialstandards werden nach Europa „importiert“

Obendrein erhebt sich noch die Frage, warum denn chinesische Bieter Wettbewerbsvorteile haben? Die Antwort liegt auf der Hand: Ein Bauarbeiter der Strabag verdient sicher mehr als sein chinesischer Kollege. Ist das nicht schön für die Steuerzahler der Nettozahler-Länder? Da verzichtet man gerne auf die Instandhaltung der heimischer Infrastruktur und freut sich über ein schönes Bauwerk in Kroatien. Ein Schnäppchen, made by China.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER